

Gesuch um Aufnahme
in den juristischen Vorbereitungsdienst

Präsident des Oberlandesgerichts
Cecilienallee 3

40474 Düsseldorf

Ich habe noch nicht an einem juristischen Vorbereitungsdienst teilgenommen und bitte um Aufnahme

- () Zum nächstmöglichen Termin
() Zum _____ (bitte den gewünschten Termin einsetzen).

I. Angaben zur eigenen Person

(Name, Vorname[n])

(Geburtsdatum)

(Geburtsort)

(Familienstand)

(Kind[er])

1. Tatsächlicher Wohnsitz:

(Straße mit Hausnummer)

(Ort mit Postleitzahl)

(Telefon)

(Wohnsitz seit wann?)

2. Weiterer Wohnsitz:

(Straße mit Hausnummer)

(Ort mit Postleitzahl)

(Telefon)

(Wohnsitz seit wann?)

3. Postanschrift

- wie tatsächlicher Wohnsitz wie weiterer Wohnsitz

Grundwehrdienst Zeitsoldat Zivildienst

(Dienstpflichten nach Artikel 12 a Absatz 1 oder 2 des Grundgesetzes)

In der Zeit vom _____ bis _____.

Meldung zur ersten Prüfung:

im ____ Fachsemester. nach ____ Fachsemestern.

(Datum der Prüfung)

(Justizprüfungsamt)

Wünsche in Bezug auf den Ausbildungsort:

- Düsseldorf
- Duisburg
- Kleve
- Krefeld
- Mönchengladbach
- Wuppertal

(bitte die gewünschten Landgerichtsbezirke ankreuzen oder die gewünschte Reihenfolge eintragen; mindestens einen Ersatzwunsch sollten Sie angeben)

II. Angaben zu Eltern und Ehegatten

Aus Gründen der Gewährung Ihrer Unterhaltsbeihilfe sowie wegen eines in der zweiten juristischen Staatsprüfung möglicherweise zu beachtenden Prüferausschlusses werden hier Angaben erbeten, wenn auch der Ehegatte im öffentlichen Dienst beschäftigt ist oder der Ehegatte oder die Eltern in Berufen mit juristischer Ausrichtung tätig sind, z. B. als Professor der Rechtswissenschaft, Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt.

Auch mein Ehegatte ist Angehöriger des öffentlichen Dienstes.

(Beruf des Ehegatten)

(Beruf des Vaters)

(Beruf der Mutter)

III. Erklärungen

1. Staatsangehörigkeit:

- Ich besitze die deutsche Staatsangehörigkeit.
- Ich besitze die _____ Staatsangehörigkeit.

2. Schulden:

- Ich habe keine Schulden.
- Ich habe folgende Schulden (bitte die Art und Höhe der Schulden – auch „BAFÖG-Schulden“ angeben):

Weitere Schulden habe ich nicht.

3. Bisherige Bewerbungen:

Ich habe den juristischen Vorbereitungsdienst bisher weder ganz noch teilweise abgeleistet.

Ich bin bereits zuvor in den juristischen Vorbereitungsdienst aufgenommen worden und erkläre mich mit der Einsichtnahme in meine bestehenden Personalakten einverstanden

(bitte die aufnehmende Behörde und Ihr dortiges Personalaktenzeichen angeben):

Meine Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst ist bisher nicht anderweitig abgelehnt worden.

Meine Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst ist bereits anderweitig abgelehnt worden (bitte die ablehnende Behörde und den Grund angeben):

4. Sollte ich nicht in den juristischen Vorbereitungsdienst aufgenommen werden, bin ich mit der weiteren Speicherung meiner Daten einverstanden

(nur ankreuzen, falls gewünscht).

5. Fehlende Unterlagen:

Mir ist bekannt, dass alle Bewerbungsunterlagen bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist (zwei Monate vor dem voraussichtlichen Aufnahmetermin) vorliegen müssen.

IV. Versicherung

Ich versichere die Richtigkeit der in diesem Gesuch gemachten Angaben. Mir ist bekannt, dass die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst zurückzunehmen ist, wenn sie durch arglistige Täuschung herbeigeführt wurde.

Mir ist bekannt, dass zur Erfüllung der dem Oberlandesgericht obliegenden Aufgaben personenbezogene Daten elektronisch gespeichert werden. Die diesem Formular beigefügten Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der Datenschutz-Grundverordnung in der Justizverwaltung habe ich zur Kenntnis genommen.

(Ort)

(Datum)

(vollständige Unterschrift)

Erklärung zu Vorstrafen

Ich,

(Name, Vorname[n])

(Geburtsdatum)

(Geburtsort)

versichere, dass

ich nicht vorbestraft bin und kein Ermittlungsverfahren gegen mich anhängig ist. Aus einem ehemaligen oder noch bestehenden Beamtenverhältnis war oder ist kein noch nicht getilgter Disziplinarvorgang gegen mich anhängig.

folgendes Ermittlungsverfahren gegen mich anhängig ist (bitte den erhobenen Vorwurf sowie die ermittelnde Behörde und deren Aktenzeichen angeben):

Weitere Ermittlungsverfahren sind nicht anhängig.

folgender noch nicht getilgter Disziplinarvorgang gegen mich anhängig war oder ist (bitte den erhobenen Vorwurf, die ermittelnde Behörde und deren Aktenzeichen sowie ggf. die getroffene Maßnahme angeben):

Weitere Disziplinarvorgänge sind nicht anhängig.

ich wie folgt vorbestraft bin (bitte die erkannte Straftat, die Art und Höhe der Strafe sowie das erkennende Gericht und dessen Aktenzeichen angeben):

Weitere Ermittlungsverfahren sind nicht anhängig.

Mir ist bekannt, dass die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst zurückzunehmen ist, wenn sie durch arglistige Täuschung herbeigeführt wurde. Ich bin darüber belehrt, dass ich nach § 51 des Bundeszentralregistergesetzes

1. mich als unbestraft bezeichnen darf und den einer Verurteilung zugrunde liegenden Sachverhalt nicht zu offenbaren brauche, wenn die Verurteilung nicht in ein Führungszeugnis oder nur in ein solches für Behörden aufzunehmen oder im Zentralregister zu tilgen ist, und
2. verpflichtet bin, gegenüber einer obersten Landesbehörde auch über diejenigen Verurteilungen Auskunft zu geben, die nicht in ein Führungszeugnis oder nur in ein solches für Behörden aufzunehmen sind.

(Ort)

(Datum)

(vollständige Unterschrift)

Erklärung zum Gesundheitszustand

I. Hinweis an die Bewerberin/den Bewerber

Die Einstellungsbehörde verzichtet grundsätzlich darauf, Sie zur Feststellung Ihrer gesundheitlichen Eignung für den juristischen Vorbereitungsdienst amtsärztlich untersuchen zu lassen. Sie geht vielmehr regelmäßig davon aus, dass Ihr Gesundheitszustand so beschaffen ist, dass Sie ohne Bedenken in den juristischen Vorbereitungsdienst aufgenommen werden können.

Sollten Sie sich z.Zt. Ihrer Bewerbung wegen einer nicht nur unwesentlichen Beeinträchtigung Ihrer physischen oder psychischen Gesundheit in ärztlicher Behandlung befinden oder an einer ansteckenden Krankheit leiden, zeigen Sie dies bitte an. Im Einzelfall behalte ich mir eine Begutachtung durch den Amtsarzt vor.

Nach erfolgter Einstellung können Ihnen die Kosten für die amtsärztliche Untersuchung auf Antrag unter Vorlage der Urschrift des Zahlungsnachweises erstattet werden (bitte Kontoverbindung angeben).

II. Erklärung

Mein Gesundheitszustand ist so beschaffen, dass ich ohne Bedenken in den juristischen Vorbereitungsdienst aufgenommen werden kann.

Ich habe aus gegebener Veranlassung um ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis nachgesucht.

Ich bin schwerbehindert im Sinne des Schwerbehindertengesetzes. Die Minderung meiner Erwerbsfähigkeit beträgt _____ %.

Ferner werde ich alle während des Bewerbungsverfahrens eintretenden Änderungen dem Präsidenten des Oberlandesgerichts – Referendarabteilung – unverzüglich mitteilen.

(Ort)

(Datum)

(vollständige Unterschrift mit Vornamen)

-ANLAGE-

**Informationen zur Umsetzung
der datenschutzrechtlichen Vorgaben der
Artikel 12 bis 14 der Datenschutz-Grundverordnung¹
in der Justizverwaltung**

Sie haben bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf um Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst ersucht. Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir aufgrund dessen erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Wer sind Ihre Ansprechpartner?	6
2. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?	7
3. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?	7
4. Wie verarbeiten wir diese Daten?	7
5. Unter welchen Voraussetzungen können wir Ihre Daten an Dritte weitergeben?	7
6. Wie lange speichern wir Ihre Daten?	7
7. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?	7

1. Wer sind Ihre Ansprechpartner?

Verantwortlich für die Verarbeitung der bei Ihnen erhobenen personenbezogenen Daten ist der Präsident des Oberlandesgerichts Düsseldorf.

Sie erreichen uns wie folgt:

Oberlandesgerichts Düsseldorf
Cecilienallee 3
40474 Düsseldorf
Tel.: 0211/4971-0
Fax: 0211/4971-550
E-Mail: poststelle@olg-duesseldorf.nrw.de
DE-Mail: govello-1260795038935-000196397@egvp.de-mail.de

Darüber hinaus können Sie sich zu allen mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und mit der Wahrnehmung Ihrer diesbezüglichen Rechte gemäß der Datenschutz-Grundverordnung in Zusammenhang stehenden Fragen an unsere **Datenschutzbeauftragte** wenden. Sie erreichen die Datenschutzbeauftragte unter Datenschutz@olg-duesseldorf.nrw.de.

Die Datenschutzbeauftragte ist ausschließlich für datenschutzrechtliche Fragestellungen zuständig. Sie ist nicht befugt, Ihnen inhaltliche Auskunft über die Bearbeitung Ihres Aufnahmegesuchs oder sonstiger Anliegen zu geben oder Rechtsberatung zu erteilen.

¹ [Verordnung \(EU\) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG](#)

2. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Wir verarbeiten sämtliche von Ihnen bei Einreichung Ihres Einstellungsgesuchs mitgeteilten personenbezogenen Daten, insbesondere:

- Persönliche Identifikations- und Kontaktangaben, zum Beispiel Name, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, Adresse, Familienstand, Staatsangehörigkeit, E-Mail-Adresse, Telefonnummer;
- Für die Bearbeitung Ihres Aufnahmegesuchs erforderliche Informationen wie Zeiten des Grundwehrdienstes oder des Zivildienstes, Datum und Note der ersten juristischen Staatsprüfung, erforderliche Bewerbungsunterlagen (z.B. Zeugnisse, Geburtsurkunde, Führungszeugnis etc.)

3. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zu dem Zweck der Bearbeitung Ihres Aufnahmegesuchs, wie z.B. der Überprüfung der Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen, der Zuordnung der zur Verfügung stehenden Plätze im Vorbereitungsdienst, der Aufnahme in den Vorbereitungsdienst und der weiteren Bearbeitung im Laufe des Vorbereitungsdienstes. Die Speicherung dient darüber hinaus dem Zweck, eventuelle Schreiben oder Anträge von Ihnen einem bereits bestehenden Einstellungsverfahren zuordnen zu können.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c) und e) der Datenschutz-Grundverordnung.

4. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Ihre personenbezogenen Daten werden in unserem Datenbanksystem (RefIS) gespeichert. Wir setzen dabei technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen ein, um Ihre personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Vernichtung, Verlust oder Veränderung sowie gegen unbefugte Offenlegung oder unbefugten Zugang zu schützen.

5. Unter welchen Voraussetzungen können wir Ihre Daten an Dritte weitergeben?

Ist eine andere Behörde oder ein Gericht für die Bearbeitung eines von Ihnen vorgebrachten Anliegens zuständig, so geben wir Ihre diesbezügliche Eingabe dorthin ab. Die unter Ziff. 2 genannten personenbezogenen Daten bleiben auch in diesem Fall in unserem Registratursystem gespeichert, um die Abgabe nachvollziehen zu können. Über die Abgabe werden wir Sie informieren.

Begründet eine Eingabe den Verdacht einer strafbaren Handlung (z.B. wenn der Text eine Beleidigung enthält), können wir die Strafverfolgungsbehörden hierüber informieren.

Bei der Durchführung des Vorbereitungsdienstes und insbesondere bei der diesen abschließenden zweiten juristischen Staatsprüfung arbeiten wir auf gesetzlicher Grundlage auch mit anderen Stellen der Landesverwaltung zusammen, die personenbezogene Daten technisch verarbeiten. So erfolgt z.B. die Meldung zur zweiten juristischen Staatsprüfung bei dem Landesjustizprüfungsamt gem. § 50 Absatz 2 JAG NRW von hier aus. An dieses werden Ihre personenbezogenen Daten, soweit erforderlich, übermittelt.

Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist (s. hierzu Ziffer 6) sind die Prüfungsvorgänge nach dem Archivgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen dem Landesarchiv anzubieten. Hierzu werden dem Landesarchiv Listen mit einer stichwortartigen Bezeichnung der Vorgänge übersandt. In diesen Listen können ggf. auch Ihre Daten enthalten sein. Rechtsgrundlage hierfür ist § 4 Abs. 1 und Abs. 2 Archivgesetz Nordrhein-Westfalen.

6. Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Sollten Sie in den Vorbereitungsdienst aufgenommen werden, werden Ihre elektronisch gespeicherten Daten fünf Jahre nach Abschluss der zweiten juristischen Staatsprüfung ganz überwiegend gelöscht. Ihre Personalakte, die einen Großteil der Daten enthält, wird bis 5 Jahre nach Erreichen der Altersgrenze (also derzeit bis zum Ablauf Ihres 72. Lebensjahrs) aufbewahrt, um u.a. mögliche Rentenansprüche nachvollziehen zu können. Eine Löschung bzw. Vernichtung findet nicht statt, wenn der Vorgang nach dem Archivgesetz Nordrhein-Westfalen archivierungswürdig ist. In diesem Fall bleiben Ihre Daten dauerhaft gespeichert, um die Abgabe des Vorgangs an das Landesarchiv nachvollziehen zu können.

Sollten Sie nicht in den Vorbereitungsdienst aufgenommen werden, werden Ihre Daten nur dann entsprechend gespeichert, wenn Sie der Speicherung zugestimmt haben. Anderenfalls werden Sie gelöscht, sobald sich Ihre Bewerbung erledigt hat.

7. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich aus Artikel 12, 15 bis 18 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung.

- **Recht auf Auskunft**

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. Das Auskunftsrecht wird eventuell durch das Recht Dritter am Schutz ihrer personenbezogenen Daten oder andere entgegenstehende Rechte beschränkt. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

- **Recht auf Berichtigung**

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

- **Recht auf Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung**

Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen insbesondere dann, wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht oder nicht mehr zulässig ist. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden (vgl. oben 3.). Unter den Voraussetzungen von Artikel 18 DSGVO besteht ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

- **Recht auf Widerspruch**

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Wir dürfen in einem solchen Fall die Verarbeitung Ihrer Daten nur fortsetzen, wenn ein zwingender Grund vorliegt. Ein zwingender Grund kann sich insbesondere aus Gesetzen ergeben, die der Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dienen oder uns zur fortgesetzten Verarbeitung zwingen, beispielsweise gesetzliche Aktenaufbewahrungsfristen.

- **Recht auf Datenübertragbarkeit**

Soweit die Datenverarbeitung ausnahmsweise nicht in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt oder für die Wahrnehmung einer uns übertragenen Aufgabe erforderlich ist, haben Sie das Recht, dass wir Ihnen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten zur Verfügung stellen, wenn die Datenverarbeitung auf einer Einwilligung oder einem Vertrag beruht und mit Hilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

- **Recht auf Beschwerde**

Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen.

Die für das Oberlandesgericht Düsseldorf zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI). Sie erreichen die LDI wie folgt:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44
40102 Düsseldorf

Tel.: 0211/38424-0

Fax: 0211/38424-10

E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de